

Dresdner Volkszeitung

Volltextkonto: Dresden
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

**Krach
in Bayern**

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsbekanntmachungen

Bei Eintritt von Änderungen in den Adressen, die es durch oder ohne Rücksicht auf den Inhalt des Blattes, hat der Besteller der Dresdner Volkszeitung seinen Antrags

Preisverteilung mit der halbjährlichen Unterhaltungsbeilage „Wochenblätter“ monatlich 2,40 M., einjährig 24 M., vierteljährig 6 M., 3 Monate 1,80 M., 15 Tage 0,60 M., 10 Tage 0,40 M., 5 Tage 0,20 M., 1 Tag 0,05 M., 1 Tag 0,02 M., 1 Tag 0,01 M.

Abbestellung: Dresdener Platz 10, Dresden Nr. 25 261. Sonntags nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Abbestellung: Dresdener Platz 10, Dresden Nr. 25 261 u. 12 707.
Telefon: Dresdener Platz 10, Dresden Nr. 25 261 u. 12 707.
Telegraph: Dresdener Platz 10, Dresden Nr. 25 261 u. 12 707.

Nr. 140

Dresden, Freitag, den 17. Juni 1932

43. Jahrgang

Notverordnungsstrawalle in Berlin

Der Kaufpreis für Hitler: Notverordnete SA. - Uniform statt Brot

Bündnis Papen-Hitler

Der Reichspräsident und das Kabinett der Barone haben das Kernstück des politischen Paktes zwischen Schleicher und Hitler ratifiziert. Die sogenannte politische Notverordnung ist am Donnerstag bekanntgegeben worden, sie tritt am Freitag, den 17. Juni, in Kraft. Das politische Notrecht, das durch frühere Notverordnungen geschaffen worden ist, wird durch diese Notverordnung zusammengefasst und im wesentlichen auch weiterhin in Kraft bleiben. Die Mobilisierung, die überfachliche Verwaltung des geltenden Notrechts oder sind alles nur Nebenerscheinungen technischer Art. Was gegenüber früher geändert worden ist, sind jene Punkte, die sich auf die Bürgerkriegsarmee des Herrn Hitler beziehen. Die Kernpunkte dieser Verordnung sind: Die Bürgerkriegsarmee des Herrn Hitler, SA. und SS., darf offiziell wieder aufgestellt werden. Sie darf sich uniformieren zeigen, sie darf marschieren. Der Sozial. Reichspräsident schreibt dazu:

Partei und aller ihrer Organe auf die Regierung Schleicher-Papen ein. Hitler berief sich auf die Zustimmungen, die ihm gegeben worden waren. Die Reichsregierung stand vor der Wahl, entweder vor dem Druck Hitlers zurückzuweichen oder die dürftige politische Grundlage ihrer Existenz völlig zu zerstören. Sie hat den Pakt bekräftigt. Nach einem Besuch Hitlers und Görings bei Herrn von Papen wurde der Beschluss gefasst, trotz dem stürmischen Proteste der süddeutschen Länder das SA.- und Uniformverbot aufzuheben.

Die Heftung des Kabinetts Papen-Schleicher an einen Pakt mit Hitler ist in den letzten Tagen ganz offensichtlich geworden.

Alle jene Verbände, die mit dem Reichsinnenminister Freytagen von Gahl vor dem Erlass der politischen Notverordnung verhandelt haben, haben den bestimmten Eindruck gehabt, daß der Reichsinnenminister sich im Geheiß des Experiments der Bekräftigung der SA. voll bewusst war, daß er aber in seinen Entschliessungen an politische Vereinbarungen gefesselt war.

Dieser Zweifel tritt in der Begründung, die die Reichsregierung der politischen Notverordnung auf den Weg gibt, wie in dem Warnungsschreiben Hindenburgs klar zutage. In der Begründung heißt es:

„Die Reichsregierung hat sich zu seiner Aufhebung nicht ohne Bedenken entschlossen. Sie erwartet, daß gerade die Wiederzulassung der Uniform die Führer in die Lage versetzen wird, unbedingte Disziplin unter den Mitgliedern der Verbände zu bewirken. Sollte sie sich hierin getäuscht sehen und die Wiederzulassung der sogenannten Parteiformen zu einem Anzeichen zwischen den Anhängern der gegnerischen Verbände zur Folge haben, so würde sie genötigt sein, mit scharfen Bestimmungen, zu denen ihr das oben erwähnte Aufhebungsschreiben die Handhabe bietet, gegen die schuldigen Verbände einzuschreiten.“

Schleicher und unlogischer ist noch niemals eine derart gefährliche Maßnahme begründet worden! Ein

Blick auf die letzten Vorgänge in Gessen genügt, um zu zeigen, wie fehlerhaft die Voraussetzungen sind, von denen diese Begründung ausgeht. Dort hat eine Lockerung des Demonstrationsverbots dazu geführt, daß der Terror

Krawalle vorm Reichsarbeitsministerium

Berlin, 17. Juni. (Sig. Draht.) Heute mittag gegen 12 Uhr kam es vor dem Reichsarbeitsministerium in Berlin zu einer größeren Kundgebung von Arbeitlosen und Kriegsbeschädigten. Ein Teil der Demonstranten drang in das Arbeitsministerium ein. Der Krawall hält noch an.

der hitlerischen Bürgerkriegsbanden gegen politische Andersdenkende in schamlosster, brutaler und blutigster Form offen wieder aufgeflammt ist!

Die Begründung der Reichsregierung wie das Warnungsschreiben Hindenburgs lassen erkennen, daß man sich dort der Gefahr des Experiments dieses Paktes mit Hitler voll bewusst ist!

Mußte ein Experiment angestellt werden, das so überaus gefährlich ausfallen kann?

Unter der Regierung Brüning ist es möglich gewesen, ohne Belagerungszustand durchzukommen. Aus dem Schreiben des Reichspräsidenten ist ersichtlich, daß für den Fall, daß das Experiment fehlschlägt, der Belagerungszustand ernsthaft in Aussicht genommen wird. Wenn er nötig wird, so wird er die Folge des Experiments sein, und die Verantwortung dafür trägt in vollem Umfange das Kabinett Schleicher-Papen!

Die Aufhebung des SA.-Verbots bedeutet eine ernsthafte Bedrohung der republikanischen Bevölkerung. Sie muß dieser Bedrohung entschlossen ins Auge sehen. Sie wird sich nicht terrorisieren lassen!

(Notverordnung Seite 2)

Sturm im bayerischen Landtag

Die Razafraktion wird von der Polizei aus dem Sitzungssaal geführt!

München, 17. Juni. (Sig. Funkbr.) Die heutige Sitzung des Bayerischen Landtags begann sofort mit einem fürchterlichen Krach, der nach den gestrigen Drohungen der Nationalsozialisten erwartet werden konnte. Der Nationalsozialist Esser hatte in der Donnerstagsitzung unter dem Beifallsgebrüll seiner Anhänger angekündigt, daß die SA. trotz dem bayerischen Verbot vom Freitag an wieder im Braunschweig marschieren würde.

Esser sah nun die Razafraktion, 42 Mann stark, in voller Uniform einmarschieren. Als der bayerische Präsident Dr. Stang sie auf das Unzulässige und Provokatorische ihres Aufzugs aufmerksam machte, stimmte die braune Meute ein mörderisches Gebüll an, in dem die Worte des Präsidenten erstickten. Nach mehreren Versuchen der Präsident die Aufforderung an die Razafraktion zu halten, den Sitzungssaal zu verlassen. Bei Verlesung der Namen der Ausgeschlossenen kam es aber nicht mehr, da ein ungeheurer Tumult einsetzte. Der Präsident verließ seinen Platz und erklärte die Sitzung für aufgehoben. Nun führte Esser auf das Rednerpult und machte auf Hitler ein dreifaches Heil und auf den Präsidenten ein dreifaches Nieder em. In das sein Reden kräftlich mit einstimmte. Die Razafraktion lang darauf das Gerüst des Saals, woran sich auch die zahlreichen SA.-Männer und Weiber auf den Tribünen mit erhobenen Arm beteiligten. Der Saal leerte sich nur langsam, die Tribünen wurden von grüner Polizei geräumt und sämtliche Besucher aus dem Saal gewiesen. Esser schwenkte die Fahne wieder im letzten Sitzungssaal, bis er von der Polizei mit Gewalt aus dem Saal gewiesen wurde. Die Uniform, wodurch die Razafraktion aus dem Saal gewiesen wurde.

sichtlich war. Die Zeit während der unterbrochenen Sitzung vertrieben sie sich durch Absingen von Volksliedern.

Um 10.15 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. Sofort kam es zu neuen Rärmereien, als der Präsident feststellte, daß die Razafraktion seiner Aufforderung, den Saal zu verlassen, keine Folge leistete und sich damit automatisch für acht weitere Sitzungstage ausgeschlossen habe. Der Tumult wurde wieder unbeschreiblich. Die Ostentruer tobten wie die Wahnsinnigen. Abermals forderte der Präsident sie zum Verlassen des Saales auf, und als sie sich weigerten, unterbrach er die Sitzung von neuem. Die abgewiesenen Regierungsmitglieder und die Leute der Bayerischen Volkspartei mußten nun eine Flut von Beschimpfungen über sich ergehen lassen. Am lautesten schrie wiederum Esser. Um 10.30 Uhr drang grüne Polizei in den Saal, worauf die Razafraktion durch Kriminalbeamte einzeln hinausgeführt wurden. Nur der Vizepräsident Schwede leistete als letzter einigen Widerstand, wobei ihm einige seiner Freunde halfen.

Razafraktion für 20 Sitzungstage ausgeschlossen

München, 17. Juni. (Sig. Funkbr.) Am 11.15 Uhr wurde die Sitzung des Bayerischen Landtags wieder aufgenommen. Die für swapels Sitzungstage ausgeschlossen Razafraktion hat sich wieder dem Saal verweigert und ließ in dem Sitzungssaal verbleiben. Die Tribüne blieb abgeräumt, während die Razafraktion aus dem Saal gewiesen wurde.

Die neue Uniform



„Schlechte Uniform, was bedeutet das?“
„Kommen Sie! - Sie sind nicht!“